

Spangenberg Zeitung.

amtlicher Anzeiger
für die
Stadt Spangenberg.

Allgemeiner
für Stadt



Anzeiger
und Land.

Amtsblatt
für das
K. Amtsgericht Spangenberg

Erscheint wöchentlich zweimal:
Mittwoch und Sonnabend nachmittags.
Abonnementpreis vierteljährlich frei ins Haus
1,20 Mk., durch den Briefträger gebracht
1,20 Mk., monatlich 40 Pfg.

Telefon Nr. 27.
Schriftleitung, Druck u. Verlag

Telefon Nr. 27.
Jugob Wunzer, Spangenberg.

Anzeigen-Gebühr:
Die ägehaltene Zeile oder deren Raum 16 Pfg.
für auswärtige 20 Pfg., Reklamezeile 30 Pfg.
Bei groß. Aufträgen entsprechenden Rabatt.
Anzeigen bis Vorm. 9 Uhr erbeten.

Nr. 80.

Donnerstag, den 7. Oktober 1920.

13. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Reichssteuerangelegenheiten.

Den Steuerpflichtigen wird empfohlen, sich in Zweifelsfällen unmittelbar mit dem Finanzamt in Melsungen in Verbindung zu setzen. Das Finanzamt ist insbesondere zu persönlicher Auskunft und Unterichtung geneigt. Es warnt vor Inanspruchnahme von Personen, die sich als Sachverständige ausgeben und den Steuerpflichtigen unnötige Kosten verursachen.
Schuldige Steuern werden durch einen Vollziehungsbeamten, der vom Finanzamt für den ganzen Bezirk bestellt ist, beigetrieben. Da die Säumigen die Reisegebühren usw. des Vollziehungsbeamten tragen müssen, das Beitreibungsverfahren mit hohen Kosten verknüpft. Den Steuerpflichtigen kann daher nur angeraten werden, die Steuern rechtzeitig zu entrichten.
Spangenberg, den 2. Oktober 1920.

Der Bürgermeister,
Schier

Umsatzsteuer- und Grunderwerbsteuerangelegenheiten.

Die Veranlagung der Umsatz- und Grunderwerbsteuer ist mit dem 1. Oktober 1920 auf das Finanzamt Melsungen übergegangen. Der Magistrat ist sonach nicht mehr zuständig.
Insbesondere sind Einsprüche usw. gegen die Veranlagung bei dem Finanzamt anzubringen. Dies gilt auch, wenn die Steuerzusage noch vom Magistrat ausgeht.
Spangenberg, den 5. Oktober 1920.

Der Magistrat,
Schier

Waisenschluss der Firma Heinz & Salzmann.

Der Herr Regierungs-Präsident hat zur landespolizeilichen Abnahme der Privatanschlusbahn der Firmen Heinz & Co. G. und Spangenberg Holzindustrie Heinz & Salzmann bei dem Bahnhof Spangenberg Termin auf Sonnabend, den 9. Oktober 1920, nachmittags 4^{1/2} Uhr. Anwesenheit auf dem Bahnhof Spangenberg nach Anbruch des Tages aus Walsfeld — anberaumen.
Alle Beteiligten werden hiermit mit dem Hinzufügen in Aussicht genommen, dass etwaige Einwendungen gegen die Art der Ausführung der neuen Anlagen und der Nebenarbeiten in dem Termin anzubringen sind.
Spangenberg, den 5. Oktober 1920.

Der Bürgermeister,
Schier

Kleinhandelsk Höchstpreise.

Zur Zeit bestehen folgende Kleinhandelsk Höchstpreise:
Roggenmehl, das Pfund 0,95 Mk.
Weizenmehl, das Pfund 1,05 "
Roggenbrot, 1 Brot zu 4 Pfd. 3,20 "
Brötchen, (50 Gr.) 1 Stk. 0,13 "
Zucker, gemahlen 2.— "
Zucker, Kandis 2,25 "
Malkereibutter 17.— "
Landbutter 15,50 "
Melsungen, den 1. Oktober 1920.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.

Schrotarten für Gerste und Hafer.

Die Mühlen werden darauf aufmerksam gemacht, daß Schrotarten von Gerste und Hafer Schrotarten erforderlich sind. Mengen die ohne Schrotarten eingeliefert werden, zurückzuweisen, da sie sonst der Beschlagnahme verfallen.
Schrotarten werden auf Antrag hier ausgestellt.
Melsungen, den 25. September 1920.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.

Heilighaltung der Sonn- und Feiertage.

Einziger Paragraph.

Der § 11 der Polizeiverordnung, betr. die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage vom 7. Dezember 1907, erhält folgende Fassung:

§ 11. Dessenartige Veranstaltungen und Aufzüge, die nicht gottesdienstlichen Zwecken dienen, sind an Sonn- und Feiertagen während der Stunde des Hauptgottesdienstes verboten, wenn durch sie der Gottesdienst mittelbar gestört wird.

Leichenbegängnisse dürfen nur in dringenden Fällen während der Zeit des Hauptgottesdienstes stattfinden.
Cassel, den 10. August 1920.

Der Regierungspräsident.

Petroleumpreise.

Die Kleinhandler dürfen das Petroleum ab Lager nicht höher als 4,75 Mk. das Liter und bei Lieferung frei Haus des Verbrauchers nicht höher als 4,90 Mk. das Liter berechnen.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Aus der Heimat.

Spangenberg, den 6. Oktober. Am 4. und 5. Oktober fand vor dem Schwurgericht in Cassel die Verhandlung gegen den Arbeiter Wilhelm Küllmer von hier, wohnhaft zu Melsungen, statt. Der Angeklagte wird beschuldigt, ein Mädchen unter 14 Jahren und eine erwachsene Frauensperson überfallen zu haben. Er wurde zu vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Acht Monate Unterbringungshaft werden angeordnet.

Billigerer Kaffee in Sicht! Von Reichswegen ist wieder die Einfuhrgenehmigung für größere Mengen Kaffee erteilt worden, die etwa in 8-10 Tagen eintreffen dürften. Da die Einfuhre zu einer Zeit gemacht wurden, wo sich die deutsche Valuta — gegenüber Anfang des Jahres — immerhin wieder etwas erholt hatte, so wird der jetzt eingeführte Kaffee erheblich billiger sein. Das Pfund gebranntes Kaffee soll sich nach Eintreffen der neuen Sendungen um einige Mark billiger als bisher stellen. Leider wird diese Preisentkung wohl nur von vorübergehender Dauer sein, da er inzwischen erfolgte Valutasturz das Verhältnis für die deutschen Bezahler wieder ungünstig gestaltet und die Reichsregierung infolgedessen auch die Einfuhrmenge wieder herabgesetzt hat.

Verzinsung der Luxussteuerbeiträge. Nach § 37 des Umsatzsteuergesetzes und § 168 der dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen beginnt am 1. Oktober d. J. die Verzinsung zur Verzinsung mit 5 Proz. der für den ersten verlängerten Steuerabschnitt (Januar-Juni 1920) zu entrichtenden Luxussteuerbeiträge, wenn der geschuldete Steuerbetrag 1000 Mark übersteigt. Die rechtzeitige Entrichtung der Luxussteuer liegt daher im eigenen Interesse der Steuerpflichtigen.

Corbach. Bei den allenthalben stattfindenden Landversteigerungen macht sich der überall herrschende große Landhunger immer wieder geltend. Aus einem etwa 4 Morgen großen Stück Ackerland wurden 3000 Mk. gelöst, für eine Biene (ein Morgen) wurden 7000 Mk. geboten. Für den Morgen Acker wurde durchschnittlich ein Nachtpreis von 225, für den Garten von rund 10 ar Größe 300 Mark erzielt.

Raunburg (Bez. Cassel). Vor einigen Tagen wurde auf einem Felde ein Holzstücken aufgefunden. Der Finder entdeckte darin ein neugeborenes Kind, das bereits in Verwesung übergegangen war.

Letzte Nachrichten.

Verkehrsverminderung auf 150 000 Mann durchgeführt. Mit dem 1. Oktober ist die neutrale 50-Kilometerzone vom Militär geräumt. Die durch den Friedensvertrag notwendig gewordene Herabsetzung des Heeres auf eine Stärke von 150 000 Mann ist durchgeführt.

Die Wirkungen des Kohlenabkommens im August. Die Wirkungen des Spaa-Abkommens auf die Kohlenversorgung im Reich haben sich schon im August ganz empfindlich bemerkbar gemacht. Besonders fühlbar ist der Mangel an Bunkerkohle. Für Amerikafahrt werden wahrscheinlich Kohlen nur für die halbe Fahrt zur Verfügung stehen. Die Gaswerke der Großstädte konnten nur mit 30-60 Prozent ihres Bedarfs geliefert werden. Bei den Elektrizitätswerken sind größere Schwierigkeiten bei den Werken zu verzeichnen, die auf Steinkohle angewiesen sind. Die Industrie leidet am meisten unter der schlechten Kohlenlieferung. In allen Betriebszweigen war es schon im August zu starken Einschränkungen und vorübergehenden Stilllegungen. Mehrmals liegen die Verhältnisse bei den Wasserbauämtern. Bereits jetzt macht sich

die Versandung des Nordostsekanals bei Strömungsmitteln bemerkbar. Die Reichseisenbahn verfügt zur Zeit über etwa 26 Tage Dienstkohle. Im Hausbrand Kohle endlich wurden im August 75 000 Tonnen Steinkohle und 89 000 Tonnen Braunkohle weniger geliefert als im Juli.

Preuß. Landesversammlung.

Berlin, 1. Oktober 1920.

Kleine Anfragen.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst kleine Anfragen. Auf eine Anfrage Richard (Dnack.) was gegen die Benachteiligung der Schüler an höheren Lehranstalten, die das 18. Jahr überschritten haben, und denen durch Erlass des Kultusministers der Wehrkraft zu parteipolitischen Vereinbarungen verboten sei, gesehen solle, wird erwidert, daß der Erlass ergangen sei, um parteipolitische Bestrebungen der Schulen fernzuhalten, weil sonst die Erfüllung des Zweckes der Schule gefährdet wird.

Eine Anfrage Hauschild (Soz.), ob den durch die Maul- und Klauenseuche geschädigten kleinen Besitzern vom Staate geholfen werden solle, wird dahin beantwortet, daß die Provinzen zuständig seien und teilweise auch Unterstützungen bereits gemacht hätten.

Anträge.

Hierauf wird ein Antrag Dölge (Dnack.), daß bei gemeinsamen Schülerausflügen freie Fahrt oder ihre Beförderung in den Sägen des Militärtarifs gewährt werde, nach kurzer Aussprache dem Hauptauschuß überwiesen.

Abg. Köhler (Dem.) begründet einen Antrag auf eine den Zeitverhältnissen entsprechende Erhöhung des Ehrensoldes der Kriegsveteranen. Die Erhöhung muß verweigert werden, da kein für diese Angelegenheit zuständiger Regierungsbekannter zugegen ist.

Abg. Altegoer (Ztr.) begründet darauf einen Antrag, mit Rücksicht auf die zunehmende Beschäftigungslosigkeit in zahlreichen Handwerkszweigen öffentliche Arbeiten, namentlich Instandsetzungen von öffentlichen Gebäuden, zu vergeben und das selbständige Handwerk angemessen zu berücksichtigen.

Der Antrag wird dem Hauptauschuß überwiesen. Darauf begründet

Abg. Konrad (Dnack.) einen Antrag auf Bekämpfung der Pferdeuchen und Erlass der durch sie entstandenen Schäden. Gleichzeitig wird ein Antrag Hoffmann (U. Soz.) zur Beratung gestellt, der Entschädigung der durch die Maul- und Klauenseuche geschädigten Kleintierhalter verlangt.

Die Anträge werden nach kurzer Aussprache dem landwirtschaftlichen Ausschuss überwiesen.

Fürsorge für die ostpreussischen Flüchtlinge.

Abg. Lufassawitz (Dnack.) verlangt ausreichend Geldmittel, um die Gemeinden Schlesiens in die Lage zu versetzen, die besonders in die Regierungsbezirke Breslau und Liegnitz geschickte deutsche Bevölkerung hinsichtlich des Lebensunterhalts, der Kleidung und der Wohnung zu unterstützen. Bis jetzt sind nach zuverlässigen Nachrichten

130 Morde

in Deutschen festgestellt worden. Die Zahl der Flüchtlinge ist mit 20 000 nicht zu hoch geschätzt. Im Interesse der Stärkung des Deutschtums aus der Regierung unverzüglich helfen. (Beifall.)

Abg. Göbel (Ztr.): Ich ermahne die deutschen Ständepräsidenten außerhalb des Abstammungsgebietes, sich dafür zu hüten, durch Worte oder Handlungen den Feinden in Ostpreußen zu schaden. Baldige durchgreifende Hilfe ist notwendig.

Ein Regierungsbekannter: Die preussische Staatsregierung erachtet es als ihre selbstverständliche Pflicht, für die Flüchtlinge aus Ostpreußen ebenso wie für die aus den schlesischen und westlichen Gebieten zu sorgen und ihre Not nach Möglichkeit zu lindern.

Abg. Hanke (Soz.), Abg. Dr. Nisch (D. Vp.) und Abg. Voers (Dem.) stimmen dem Antrage zu.

Der Antrag geht an den Hauptauschuß.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch. Tagesordnung: Antrag Köhler auf Erhöhung des Ehrensoldes der Veteranen, kleine Vorlagen und Anträge.

Chronik des Tages.

Was jedermann wissen muß.

Die Durchführung des Kohlenabkommens von Spaa hat bereits im August verhängnisvolle Wirkungen auf die Kohlenversorgung des Reiches verursacht.

Die Wosthafterkongress hat den Protest gegen die Verletzung des rechten Beschäftigten unter Berufung auf die Bestimmungen des Friedensvertrages zurückgewiesen.

Der Erzeugerhöchstpreis für Kartoffeln ist auf 25 Mk., der Kleinhandelspreis für ein Pfund Zucker auf 3,60 Mk. angesetzt worden.

Brüssel soll helfen.

Französischer Appell an die Finanzkonferenz.

Bei Beginn der Besprechungen über die internationalen Handelsangelegenheiten ist den Mitgliedern der Finanzkonferenz die französische Finanzbehörde zugewandt worden, der genau wie alle anderen aus Paris kommenden Dokumente die Lage Frankreichs nicht tragend genug schildern kann. Selbstverständlich kann es die französische Regierung nicht unterlassen, auch hier vor dieser völlig „unpolitischen“ Versammlung die Notwendigkeit einer schicksallosen Durchführung des Verfallens beizubringen zu betonen.

In dem Bericht über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Frankreichs wird dargelegt, daß die Staatsausgaben vom 1. August 1914 bis zum 1. November 1918 200 Milliarden Franc betragen haben. Davon wurden 82 Milliarden durch Steuern gedeckt, 54 Milliarden durch ausfindigete innere Anleihen, 33 Milliarden durch ausländische Anleihen und 50 Milliarden durch Anleihen auf kurzfristige Bankverleihen. Die Steuern betragen 754 Franken für den Kopf der Bevölkerung gegenüber 120 Franken im Jahre 1913. Alles mögliche wurde getan, um das Budget abzurufen.

Für die verarmtesten Gebiete sind 20 Milliarden ausgegeben, davon 19 Milliarden seit dem 1. Januar dieses Kalenderjahres. 77 Prozent der verarmtesten Industrie sind wiederhergestellt oder teilweise von vor dem Kriege wieder tätig. Die gegenwärtige Kohlenproduktion beschränkt sich in den ersten sechs Monaten des Jahres 1920 nur auf 6 Prozent (?) der gleichen Produktion des letzten Friedensjahres. Die ausländische Schuld ist wesentlich verringert worden. Der englische und der amerikanische Staat haben jedoch noch immer große Forderungen. Hierüber schreiben jetzt mit ihnen Verhandlungen.

Der Bericht schließt mit einem Appell an die Konferenz, Frankreich

durch Erfüllung des Friedensvertrages

in seinem Bestreben nach Wiederaufbau zu schützen. Dieses Werk, welches sich nach dem Friedensvertrag vorgegebenen Bedingungen vollziehen müsse, habe ein so beträchtliches Interesse für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung der Welt, daß der Oberste Rat am 2. März erklärt habe, er erkenne die besondere Lage der verarmtesten Gebiete, namentlich in Frankreich an. Er stelle in Rechnung, daß weite Gebiete Frankreichs gestirbt hätten, und daß sich daraus eine Verminderung der sofortigen Hilfsquellen ergebe, und Ausgaben gemacht werden müßten, um die zerstörten Gebiete wieder aufzubauen. Dieser Wiederaufbau sei von grundlegender Bedeutung für die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts in Europa.

Die Brüsseler Konferenz wird voraussichtlich noch eine Woche brauchen, um ihre Arbeiten zu vollenden. Noch zwei wichtige Probleme sind zu prüfen: Die Frage des internationalen Handels und des internationalen Kredits. Die Arbeiten der Kommissionen werden nicht vor Anfang kommenden Woche beendet sein. Dann wird die Konferenz sich in öffentlicher Sitzung über die Resolutionen auszusprechen haben, die vorgelegt werden.

Milderung der Zuckerwirtschaft.

Vollige Freigabe erst Oktober 1921.

Der Sturmlauf gegen die Zwangswirtschaft hat die Regierung bewegen, auch in der Zwangswirtschaft Milderungen einzutreten zu lassen. Eine diesbezügliche Verordnung ist im Reichstagsrat und im volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages bereits genehmigt worden.

Eine völlige Freigabe der Zuckerwirtschaft kam nach Ansicht der Regierung noch nicht erfolgen, erst im Oktober 1921 soll die freie Wirtschaft zugelassen werden. Hingegen glauben die Reichsbehörden den vielfachen Wünschen von Landwirtschaft, Handel und Industrie in so weit entgegen zu kommen, als die Zwangswirtschaft der Zuckerwirtschaft fallen gelassen und die Bewirtschaftung der Melasse aufgehoben wird.

Landwirtschaft und Industrie sollen also künftig in der Verfügung über Hüben und Melasse nicht mehr beschränkt werden. Von der hierdurch ermöglichten größeren Bewegungsfreiheit der Landwirtschaft erhofft die Regierung eine Stärkung der Neigung zum Zuckeranbau. Auch die Einfuhrzentration für die Zuckerrüben wird aufgehoben.

Der Rübenpreis für den Zentner soll 20 Mark betragen. Der Kohlzuckerpreis ist auf Grund dieses Preises auf 210 Mark für den Zentner Milderung erlitten. Der Preis von 210 Mark soll als Einheitspreis gelten. Die verbleibende Festlegung eines besonderen Höchstpreises für jede einzelne Fabrik kommt also in Wegfall. Für die unter ungünstigeren Verhältnissen arbeitenden rheinischen und sächsischen Fabriken soll aber ein Ausgleich eintreten durch einen Aufschlag von 5 und 7 Prozent auf den Einheitspreis. Als Grundpreis für den Zentner Verbrauchs Zucker, der aus den Fabriken bezogen wird, gilt 275 Mark. Dazu kommt aber ein Aufschlag von fünf Mark für den Zentner von dem im Vertriebsjahr 1920/1921 lieferten Verbrauchs Zucker.

Einhandelspreis 3,60 Mark das Pfund.

Bei den neuen Preisen würde, wie es in der Begründung der Verordnung heißt, das Pfund Zucker im Kleinhandel etwa 3,60 Mark kosten. Die Verordnung ist bereits am 1. Oktober in Kraft getreten.

Die neue Verordnungspreis für Kartoffeln.

Der vorwichtigste Ausweg des Reichstages gegen einen zu starkem Anstieg von den Unzulänglichkeiten der Landwirtschaft, wodurch die Verbraucher in den letzten Jahren, bei Überschneidung des Erzeugnisses, einen Preis für Kartoffeln sofort mit aller Gewalt einschreiben und die Schuldigen wegen ihres Preises zur Bestrafung zu bringen. Umahme in den letzten Jahren der bäuerlichen Parteien

Während der Verhandlung der Reichsregierung billigt, insbesondere die am 26. September getroffene Vereinbarung mit dem Spitzenorganisation der Landwirtschaft, des Handels und der Verbraucher zur Verbesserung der Bevölkerung mit Kartoffeln. Der Vertrag erwartet, daß die Reichsregierung energisch alle Maßnahmen durchführt, die die nächste Ernte und die Verbesserung der Kartoffeln der der Eisenbahn und im Landbau für die Bevölkerung. Vorgenommen wurde schließlich ein Antrag, der den Erzeugerhöchstpreis auf 25 M. festsetzt.

Eisenbahner und Waffentransporte.

Meinige Kontrolle der Eisenbahner.

Über die Durchführung von Truppen- und Militärtransporten hat nach den Beschlüssen der kürzlich stattgefundenen Generalversammlung die Leitung des Deutschen Eisenbahnverbandes in der Angelegenheit nunmehr folgende Richtlinien festgelegt, die für die Mitglieder des Deutschen Eisenbahnverbandes bindend sind:

Die Kontrolle auf dem Eisenbahngelände übernehmen die Eisenbahner einzig und allein. Die uns durch den Friedensvertrag aufgegebenen Konventionen dürfen nicht durchgehenden werden. Die Transporte für die Regierung dürfen nur durchgeführt werden, wenn der dazu gehörige Frachtwert mit laufender Nummer, der Transportverpflichtung, Unterschrift und Siegel des Reichswehrministers oder der höchsten Polizeibehörde des Landes versehen ist. Die Art des Inhalts ist genau zu deklarieren. Auf allen öffentlichen Dienststellen sowie auf den Stationen haben sich Kommissionen der Arbeiterbewegung gemeinsam mit der Verwaltung zu bilden. Wird Einmütigkeit in einer Dienststelle nicht erzielt, so ist die einschlägige Kommission bei der Direktion anzurufen. Hierfür sind auch dort keine Einmütigkeit, so entscheidet der Entwaffnungskommission gemeinsam mit dem Wehrbeauftragten endgültig.

Eine Annullierung dieser Richtlinien durch die Wehrmacht sowie durch die übrigen Eisenbahnverbände ist keineswegs nicht erfolgt. Eine baldige Klärung der Lage wäre dringend erwünscht, da man doch sorgfältig stets mit einer Wiederholung der Erfurter Ereignisse rechnen kann.

Ausschub der Preußenwahlen.

Neuwahlen im Februar.

Die verschiedenartige Zusammensetzung der Regierungskommissionen im Reich und in Preußen hat mehrfach zu unaufrichtigen Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Regierungen geführt. Besonders unangenehm wurde dieser Mißstand in der Frage der obersteinsten Autonomie empfunden, so daß selbst aus der Reihe der Regierungsparteien in Preußen der Ruf nach baldiger Abberaumung der Neuwahlen laut wurde.

Das Parlament selbst hatte es bisher peinlich vermieden, einen genauen Zeitpunkt für die Neuwahlen festzusetzen, angeblich, weil man erst über die Pläne und Absichten der Regierung genau unterrichtet sein wollte. In Wirklichkeit wollte man erst das Zustandekommen des Verfassungswerkes abwarten, bevor man ein Wahltermin endgültig festsetzte. Nachdem die Mehrheitsparteien sich nunmehr auf ein Kompromiß geeinigt hatten, hat auch der Reichsterrat, wie bereits erwähnt, endgültig über den Zeitpunkt der Auflösung des Reichstages Bescheid gegeben. Der Antrag der Reichstagsparteien, den 12. Dezember als Wahltermin anzunehmen, wurde abgelehnt, und ohne Widerspruch eine Anregung der Demokraten angenommen, die Neuwahlen innerhalb drei Monaten nach Fertigstellung der Verfassung stattfinden zu lassen.

Nach einer Auskunft des Ministeriums des Innern sind drei Monate notwendig, um nach Beratung der Reichsregierung und der Wahlgesetzgebung die notwendigen Anordnungen, Aufstellung und Auslegung der Wahlscheine zu treffen. In der noch verbleibenden Zeit sollen als Beamtenbefolgungsgesetz und die notwendigen Dekretvorlagen, der Etat und eine Reihe anderer Gesetze verabschiedet werden; in der nächsten Woche wächst die Novelle zum Gesetz über Groß-Berlin und die Mittel-Landbahn sowie in erster Lesung das Wahlgesetz und das Gesetz über die Provinzial-Landtage. Anfragen und Anträge sollen nach Möglichkeit zurückgestellt werden.

Der schriftliche Bericht über die Arbeiten des Verfassungsausschusses wird bis zum 20. Oktober fertiggestellt werden und dem dem Hause zugehen. Die Verabschiedung der Verfassung und des Wahlgesetzes dürfte dann Ende November erfolgen, so daß die Neuwahlen bestimmt im Februar zu erwarten sind. Es wurde als erwünscht bezeichnet, daß gleichzeitig im besetzten Gebiet auch die Wahlen für den Reichstag stattfinden.

Das neue Wahlgesetz.

Der Entwurf des neuen preussischen Wahlgesetzes laut sich bestimmt auf dem Reichstagswahlgesetz auf, jedoch ist für die Wahl eines Abgeordneten eine höhere Stimmzahl von 60.000 auf 44.000 herabgesetzt. Dies würde zu einer Gesamtzahl von 41.000 Wählerstimmen führen. Diese Zahl ist der Staatsregierung ein großes Hindernis, sie will daher den Vorstoß machen, die Zahl auf 50.000 zu erhöhen, um auf diese Weise eine nicht allzu hohe Gesamtzahl des Parlamentes zu erhalten. Dem Berliner Wahlkreis dürfen etwa 14 Abgeordnete zugeteilt werden. Auch für die obersteinsten Kreise sieht der Entwurf, freilich vorbehaltlich einer etwa inzwischen erfolgenden parlamentarischen Neuregelung, eine bestimmte Anzahl (26) von Abgeordneten vor.

Der preussische Landtag hat sich der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Wahlen zu den Provinzial-Landtagen und zu den Kreisparlamenten angenommen. Der Gesetzentwurf hat sich auf den Verfassungsentwurf auf. Im Durchschnitt soll auf 45.000 bis 60.000 Einwohner ein Abgeordneter kommen.

nen. Die Wahlberechtigung der wahlberechtigten Personen, daß auf jeden Wahlkreis mindestens drei Abgeordnete ernannt werden sollen. Die Wahlberechtigung der wahlberechtigten Personen, daß auf jeden Wahlkreis mindestens drei Abgeordnete ernannt werden sollen. Die Wahlberechtigung der wahlberechtigten Personen, daß auf jeden Wahlkreis mindestens drei Abgeordnete ernannt werden sollen.

Politische Rundschau.

Berlin, den 1. Oktober 1920.

Der deutsche Volkshof v. Berenberg-Gossler in Rom angekommen. Die italienische Regierung hat ihm bis zur Grenze einen Salonwagen entgegengeführt.

Der 10. Kongreß der christlichen Gewerkschaften vom 21. bis 24. November in Offen stadt.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei befaßt sich in einer zweitägigen Sitzung in Rom ausschließlich mit der Frage der Sozialisierung.

Der Geschäftsausschuss der Preussischen Landesversammlung hat die Erörterung des wirtschaftlichen Abgeordneten Wilhelm Schulz (Aid) wegen regelmäßigen als Ernährungsminister genehmigt.

Die Unabhängigen Sozialisten Preussens und Ostpreussens haben beschlossen, den Parteitag zum Anstoß an die dritte Internationale aufzuschieben.

Deutschland drängt sich nicht zum Rückzug auf dem deutschen Pazifistenkongreß. Der französische Abgeordnete der Reichstagsfraktion erklärte ein Vertreter des Reichstags, daß die deutsche Regierung habe bis jetzt die politische Kenntnis von irgendwelchen Schritten zu tun, nach denen Deutschland in den Weltkrieg zurückkommen werden soll. Die Regierung mag aber rechnen, daß sie über kurz oder lang in die Lage kommen wird, die Entscheidung gefasst wird. Deutschland liegt keine Verantwortung für die zur Aufhebung in den letzten Weltkrieg zu bringen, so lange er der Nähe unserer Grenzen ist, wo Deutschland an den Weltkrieg zurückkommen ist, wo Deutschland organisiert. Die Reichstagsreform des Reichstages verlangen. Wie sich Deutschland mit seinen Berufungen an den Reichstag, z. B. in der Frage Eupen-Malmedy, trübe Erfahrungen gemacht.

Der Kongreß hat mit großer Mehrheit einen Antrag angenommen, der den bekannten pazifistischen Professor Friedrich Wilhelm Förster als Kandidaten für die Wahl des Reichspräsidenten empfiehlt. Als Präzidentkandidaten sind außerdem bisher der Führer der Bodenreformer Adolf Damaschke und Generalleutnant Hindenburg genannt. Auch die Namen Gehrenbach und Ebert wurden bereits mehrfach in diesem Zusammenhang erwähnt.

Angliche Zusammensetzung der obersteinsten Abtätigungsbehörde. Von zuständiger Seite wird die Meldung eines Breslauer Blattes bestätigt, daß in der obersteinsten Abtätigungsbehörde von 13 bisher genannten Offizieren nur einer ein Deutscher ist. Die anderen 12 Offiziere sind eingeteilt, konnte noch nicht ermittelt werden. In den Befehlen für die Abtätigungsbehörde findet man Zeitungen in den verschiedenen Sprachen, vor allem polnische — nur keine deutschen.

Das rechte Reichstagsmitglied bleibt polnisch. Die Vorkonferenz hat den Protest der deutschen Regierung wegen Zuteilung von fünf auf dem rechten Reichstagsmitglied im westpreussischen Abtätigungsgebiet gelegenen Ortshäusern an Polen, zurückgewiesen. In der Antwortnote der Entente heißt es:

„Die Konferenz kann die Berechtigung des Proteiles Ihrer Regierung bei der Entgegennahme der Entscheidung, die Ihnen mitgeteilt worden ist, nicht anerkennen. Die Mächte haben in voller Ausübung ihrer Rechte gehandelt, die ihnen der Artikel 97 des Friedensvertrages zuerkennt. Sie haben ebensowenig das Selbstbestimmungsrecht der Völker verletzt, wie sie die wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Landes verkannt haben. Die deutsche Regierung kann sich übrigens nicht weigern, eine Entscheidung anzuerkennen, zu deren Annahme sie sich durch die Unterfertigung unter den Friedensvertrag verpflichtet hat.“

Die Antwort der Vorkonferenzkonferenz verneint jegliche jedes Eingehen auf den Protest der deutschen Regierung, dessen Begründung eben nicht zu widerlegen ist. — Wer hätte es heute auch anders erwartet!

Vorkauf! Eine Erhöhung des Eisenbahntarifs. Eine Erhöhung des Personentarifs bei den Eisenbahnen ist, wie von zuständiger Seite verlautet, vorerst nicht geplant. Über den Zeitpunkt einer etwaigen Durchführung des Zweifelsystems lassen sich zurzeit keinerlei Angaben machen. — Also vorerst sollen wir noch von der neuen Tarifhöhe verstanden bleiben. Dann soll sie aber kommen, der Finanzminister erhofft ja von der Mehreinnahme eine „Mildung der Eisenbahn“. Daß er damit den 16 Milliarden Reichsbahn aus seinem Etat wird auszuschneiden können, ist aber mehr als zweifelhaft.

Die gewerbsmäßige Nebenarbeit von Staatsbeamten wurde am Donnerstag im Anschluß an eine demokratische Anfrage in der Preussischen Landesversammlung erörtert. In der Begründung führte der demokratische Redner aus, daß durch gewerbsmäßigen Betrieb von Privatbetrieben dem handwerklichen ein gefährlicher unlauterer Wettbewerb entstehe. Hierbei tritt bei der Bearbeitung der Rohstoffe durch diese ungeschulten Personen oft eine unüberantwortliche Vergewaltigung ein. Die Regierung sollte solche gewerbsmäßigen Nebenarbeiten unterlassen. Ein Regierungsvertreter erklärte, soweit Mitgliedern sich zeigten, werde eingeschritten werden. Es beständen auch schon eine Reihe von Vorschriften in bestimmten Staatsbetrieben verboten. — Auch eine Anfrage des Abg. Sager (Str.) über die Zahlung von Unfähigkeit der Gemeinden, wurde von der Regierung erwidert, das Reichsfinanzministerium habe sich bereit erklärt, daß die Einnahmen aus den beiden

Stellvertreterjahre 1921 den Wählern zuzulegen
 Zu dem Antrag des Abg. Hoffmann (N.) wegen des Abbruchs der Ziegeleien erwidert Regierungsdirektor, daß von 18 000 Ziegeleien 250 abgebrochen worden sind. Nur ein Fünftel davon betriebsfähig. Die Sache sei also nicht zum Nachteil zu nehmen. Der Regierung steht es an, die Ziegeleien, den Abbruch möglich zu verhindern. Sie haben wir keine Knappheit, sondern einen Überfluß an Baustoffen. Sollte eine Knappheit eintreten, so wird das Reich ein Verbot des Abbruchs von Ziegeleien erlassen.

Organisationszwang für alle Vereine. Mit Rücksicht auf die Notwendigkeit einer besseren Vorbildung der Volksmassen, sowohl in beruflicher als auch in wirtschaftlicher Beziehung, hat der Vertreter des Reichsausschusses im Reichsausschuss für den Reichsausschuss, Niggemann, den Antrag gestellt, die Reichsregierung zu eruchen, ein Reichsgesetz zu erlassen, das die Vereine verpflichtet, sich zu organisieren, das evtl. die Mitgliedschaft des jeweiligen Berufs bei Vermeidung der Strafe verpflichtet ist, der beruflichen Tätigkeit der Vereine fernbleiben zu müssen und die Mitgliedschaft zu zahlen. Das Gesetz soll gleichseitig erlassen, daß die Berufsorganisationen konfessionslos und politisch neutral sein müssen und die Mitgliedschaft erhalten sind, sich wegen ihrer verschiedenen Parteizugehörigkeit und ihrer Weltanschauung nicht zu bekämpfen. Die Regierung weist darauf hin, daß zu einem besseren Ausbau anderer Wirtschaftszweige auch eine bessere sachmännliche und wirtschaftliche Vorbildung der breiten Bevölkerung notwendig sei, was wirksamsten durch eine auf geschäftlicher Grundberühende Berufsorganisation erreicht werden kann.

Georg v. Hertlings „Erinnerungen“. Von den Erinnerungen aus dem Leben des Reichsanwalts Georg Hertling, die der Sohn des Verstorbenen herausgegeben, erscheint heute der zweite Band. Er umfaßt die Zeit der letzten Amtsperiode des Fürsten Bismarck. Der Aufbau der Kulturkampfsache über die Minderheitenkategorie bis zur Jahrhundertwende und ein besonderes wertvolles Quellenwerk für die Geschichte des Reichstagszentrums dar.

Ein Dissident unter Hertlings Lehrern. An den 312 Berliner Gemeindeschulen, 20 Hilfs- und vier Schulen für Schwerhörige mit rund 500 Knaben und 109 000 Mädchen unterrichten 14 000 Lehrkräfte, darunter 2000 Lehrerinnen (25 %). Dissidenten sind nicht vorhanden. Der von sozialistischen Kreisen gewünschte neue Oberlehrer Dr. Schwentke würde, wenn er als Oberlehrer beschäftigt würde, der einzige Dissident sein. Die Stellung zeigt, so meint das Blatt, deutlich die Anerkennung des Beschlusses der sozialistischen Schulausschüsse. — Am 1. Oktober ist das Gesetz über die Bildung der Einheitsgemeinde Berlin in Kraft getreten. Die Änderungsanträge, die die Landesverwaltung beschließen, sind zwar noch nicht erledigt, hindert aber nicht das Inkrafttreten des Gesetzes. Am gleichen Tage sind eine ganze Reihe alter Ämter, darunter der zweite Bürgermeister Weidert, aus der Verwaltung ausgeschieden. Die wichtigsten Magistratsmitglieder haben ihre Ämter nicht angetreten, da die erforderliche Bestätigung durch die Staatsbehörde noch nicht erfolgt ist.

Rundschau im Auslande.

Der Entwurf der österreichischen Verfassung der Nationalversammlung angenommen worden.
Der Pariser Gemeinderat beschloß, die Kohlenpreise mit dem Monat Oktober für die Provinz zu vermindern und gleichzeitig den Preis zu erniedrigen, da die im Überfluß aus Deutschland eingeführt werden.
Die Bolschewisten ziehen sich allmählich in vollstän- dige Auflösung nach Osten zurück. Die von Stalin vor- geschlagenen politischen Gruppen nahmen am 30. v. M. in Moskau die Angewandte Baranowski.

England: Der Kohlenstreik unabwehrbar.
 Die wiederholt abgebrochenen Verhandlungen zwi- schen den Kohlenbergwerkseigenen und den Bergwerksbe- schäftigten sind zum Stillstand gekommen. Die Arbeit- nehmer sind zum Streik bereit, so daß der Bergarbeiterstreik unvermeidlich ist. Am 30. d. M. hat der Bergarbeiterstreik eine letzte Sitzung abgehalten, um eine Verständigung herbeizuführen.

Frankreich: Der hungerstreikende Vormayor gestorben.
 Wie die „Libre Parole“ aus London erfahren haben soll der Bürgermeister von Cork, der seit seiner Verhaftung vor ungeheurer Hitze in einem Zelle mit einer Anzahl hungerstreikender Gefangener in den Hungerstreik getreten ist, an Entkräftung gestorben sein. Die englische Regierung hätte jedoch Interesse daran, die Tatsache noch einige Tage lang zu verheimlichen, um Kundgebungen bei der Beerdigung vorzubeugen.

Russland: Bombenanschlag auf den Katalongreß.
 Die Moskauer Bolschewisten „Jewefisch“ meldet, es sei ein Anschlag auf den Katalongreß in Moskau ver- sucht worden. Gemaltene zartfarbene Pulver, die sich bereits für den Dienst in der roten Armee verwendet hatten, haben versucht, das Gebäude, in welchem der Katalongreß tagt, in die Luft sprengen zu lassen.

Soziales.

Drei Millionen Erwerbslose gibt es zur Zeit in Deutschland, davon entfallen, wie der Reichs- arbeitsminister Brauns, der zur Zeit zu Besprechungen der russischen Regierung in Dresden weilte, erklärt, mindestens eine Million auf die Kollernverlorenen. Die Zahl der sogenannten Kurzarbeiter, die meist nur zwei Stunden beschäftigt sind, beträgt 1 1/2 bis 2 Millionen. Die Lage in Sachsen ist ganz besonders schwierig, denn dort ist die Textilindustrie eine einzige große Industrie- zentrum, die Fertigarbitrate liefert. Die Krise liegt nicht

in, daß kein Warenhunger da ist, sondern daß die Waren wegen der hohen Preise nicht bezahlt werden können. Die Reichsregierung wird den Verhält- nissen in Sachsen ihre besondere Sorgfalt zuwenden lassen, denn die deutsche Gesamtheit ist daran interessiert. Insbesondere für Hausindustriearbeiter, Straßenbauern, Landwirten usw. sollen Zusätze nach einer Stafelung an Sachsen gelangen. Sachsen erhält das 2 1/2fache der Zuschüsse im Verhältnis zu den anderen deutschen Staaten. Allein für den Bau der Mühlde- kaltpresse im Vogtlande hat die Reichsregierung schon 18 Millionen Mark als Zuschuß bewilligt.

Wiedereinführung des Tringeldes? Die Tringel- geldabgabe durch feste Löhne oder Beteiligung am Umsatz hat, wie aus dem Hotelbesitzerbericht in München ausgeführt wurde, nicht den erwarteten Erfolg ge- habt. Es ist durch zahlreiche Erträge von Schlichtungs- ausschüssen und Demobilisationskommissionen festge- stellt worden, daß die Wiedereinführung des Tringeldes prak- tisch nicht durchzuführen lasse. In München z. B. bringt die Abhängigkeit des Geleges vom guten Willen, der Schnelligkeit und der Geschäftigkeit des Bedienungs- personals mit sich, daß trotz aller Verbote und Ent- lassungsandrohungen das Tringelgeben in großem Umfange weiter besteht. Es ist vor einem Schlichtungs- ausschuss festgestellt worden, daß eine Reihe von Ober- lehrern mit Tringelgebühren neben freier Kost und freier Wohnung ein Einkommen von über 5 000 Mark im Monat hatten. Eine Verhandlung vor einem Ausschuss ergab, daß ein 16jähriger Junge, der als Kuchnerverkäufer in einem Cafe beschäftigt war, sich in drei Monaten 5 000 Mark erworben hätte. Die Zustände sind unanständig geworden, weil das übrige Personal der Hotels und Gaststätten, von denen man eine ganz andere Vorbildung verlangen kann, mit seinem Einkommen weit hinter den Tringelgebern zurückbleibt. Um aber die Doppelbelastung des Publikums und die Verteuerung des Betriebes nach Möglichkeit zu vermeiden, wird fest vorgeschlagen, neben freier Ver- pflegung und Wohnung einen festen Monatslohn zu zahlen, im übrigen aber zu dem früheren Modus zurück- zugehen. Zahlung von Tringelgeld den Gästen zu überlassen. Eine in diesem Sinne lautende



Die Festlegung der Grenze bei Tirschiegel.

Aus Stadt und Land.

Aufhebung des Valuta-Ausschlages für Hotel- gäste. Der Hauptauschuss des Verbandes Deutscher Ho- telier-Betriebe hat auf seiner Tagung in München be- schlossen, den früheren Ausschluss, wonach die Hotelier verpflichtet waren, Ausländern einen entsprechenden Valuta-Ausschlag auf die Rechnung zu setzen, zu heben und aufzuheben, obwohl unbestritten ist, daß dieser Valuta-Ausschlag in Anbetracht der Entwertung der Mark berechtigt war. Welche Vorteile die Ausländer durch den Ausschluss gebracht hat, wurde an folgendem Bei- spiel erläutert: Ein holländisches Reisebüro unternahm es, für Ausländer in Deutschland Hotel und Verpfle- gung sicher zu stellen. Es verlangte dafür pro Tag 50 holl. Gulden, also rund 1 000 Mark und zahlte der deutschen Hoteliers nur pro Verpflegungstag und Per- son 150 Mark, so daß dem Unternehmen bei jedem Aufenthalt ein täglicher Gewinn von 850 Mark ver- blieb. Es ist ferner beschlossen worden, den Preis ab- hängen nach Möglichkeit zu beginnen. Doch in Anbe- tracht der großen Verteuerungen, die alle Material- und Rohstoffe erfahren haben, ist dieser Abbau gegen- wärtig nicht durchzuführen. Die nächste Hauptveraman- lung des Verbandes wird am 7. Dezember in Ber- lin abgehalten.

Einbruch in das Schloss Eschberg. In der Donnerstag-Nacht drangen Einbrecher in das durch seine landschaftliche Bekanntschaft Eschberg der alten he- schen Familie Melburg ein und raubten den gesam- ten Silberschatz, der einen sehr hohen Wert darstellt. Auch eine Sammlung seltener böhmischer Münzen wur- den gestohlen. Eine Verfolgung der Täter blieb ergeb- nislos.

Die russischen Kronjuwelen in Amerika. Nach einer „Matin“-Meldung aus London wurden 14 kisten- weise Juwelen entlehnt und an den Moskauer Gefangen- in Washington gerichtet waren, von den amerikanischen Zollbehörden beschlagnahmt.

Aufhebung der Barneimünders Spielbank. Die deutsche Regierung hat eine Verordnung er- lassen, nach der der Betrieb der Spielbank in Barne- münde ab 30. September unterlag wird. Der Staat verpachtet hiermit nach vorläufigen Schätzungen auf einen jährlichen Spielanteil von 10 bis 15 Millionen Mark, da die Konzeption seinerzeit eine Beteiligung des Staates mit 60 Prozent am Spielvertrag vorah.

Eine vereitelte Seiffersversicherung. Dem Reichs- wasserversicherer für die Unterelbe glückte es, einen großen Schlepper, der nach Holland verschoben werden sollte, zu beschlagnahmen, als er gerade einmündig ver- lassen hatte. Jetzt hat nun die Staatsanwaltschaft die Beschlagnahme des Schiffes bestätigt und der Reichs-

seiffers für die Heberwahrung der Aus- und Ein-

Widwest in Hamburg. Sechs maskierte Dieb- drangen in einer der letzten Nächte in den Keller des Postamts 6 in Hamburg ein. Der Aufschlüsselbeamte des Postamts, der verdächtige Geräusche vernahm und sich in den Keller begab, wurde gefesselt und in einen Schrank gesperrt. Dieser wurde dann noch mit einem dicken Tau umschürt. Um Hilfe zu bekommen zu verhindern, ließ einer der Einbrecher mit einem geladenen Revolver vor dem Schrank als Wache zurück. Die Einbrecher raubten 221 000 Mark bares Geld und einen großen Posten Briefmarken. Mit der Beute sind sie dann verschwunden. Dem Beamten gelang es erst mehrere Stunden nach dem Abzug der Täter sich zu befreien. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Millionenschnupfen mit Vermordung. Ein Gruppe Barneimünde des Reichswasserverschlags hat am Montag ein Fahrzeug angehalten, das von Hamburg kam. Bei der Untersuchung des Fahrzeuges fanden sich an Bord mehrere Kisten vor, deren Inhalt als östlich neuem Vermordung-Geld im Betrage von 800 000 Mark und Medikamenten im Werte von einigen zehntausend Mark bestand. Es handelt sich dabei um Ver- mordung, das während der Kämpfe des russischen Ober- lehrers mit Valoff-Vermordung gegen die Bolschewisten in Ostlithuania ausgegeben und später in großen Mengen von deutschen Kämpfern nach Deutschland gebracht worden war. Als Eigentümer wurde ein Dr. Scheibler aus Hamburg festgestellt. Scheibler sollte die Ver- mordung begleitend befindlicher Kisten wurden hierauf fest- genommen. Bei der Durchsicherung der von den Be- schuldigten bewohnten Hotelzimmer wurde noch über ein halbe Million Vermordung-Geld gefunden. Das Geld sollte auf dem Seewege nach Rußland und den Randstaaten verschoben werden, wo es heute noch im Umlauf ist.

Eine Vermögensschiebung auf dem Ruffwege. Eine große Vermögensschiebung, die mit einem Flug- zeug vor sich gehen sollte, ist in Heiligenfeld bei Berlin verhindert worden. Der Verdacht war zu Dür- genommen, daß die Schieber eine bedeutende Menge Gold und Wertpapiere aller Art, wie Brillanten, Edel- steine usw. in einem Flugzeug nach Schweden verschif- fen wollten. Von Heiligenfeld wollten vier Schieber unter Leitung eines Obergeringeniers sich nach dem Flug- ab Nieder-Mariendorf begeben, um von dort aus abzu- fliegen. Die Polizei überrückte sie aber und beschlagnahmte das Schiebergut. Die Schieber sind festge- nommen.

Verhaftung eines ober-schlesischen Bergwerks- zektors. Geheimrat Wigger, der Vorsitzende der Werkdirektion von Hindenburg, ist auf Befehl der Inter- nationalen Kommission in Obepeln verhaftet worden. Die „Deutsche Morgenpost“ bringt die Verhaftung mit den letzten Polenpuffen in Verbindung. Damals wurde bei Zaband ein Automobil angehalten, das zwei Maschinengewehre in Richtung Ostpreußen transportierte. Die Maschinengewehre wurden beschlagnahmt und das Auto als Eigentum des Geheimrats Wigger, des Vor- sitzenden der Werkdirektion von Hindenburg, festge- stellt. Bei seiner Vernehmung erklärte er, daß er kein Auto mehr hat, daß die Maschinen transportiert wurden, um sie zu beschlagnahmen sollte die „Stro- bewaffnet werden, als die Erfüllung des Schlafhan- des in Myslowitz und vorzunehmende Maßnahmen zu schlimmsten Befürchtungen Anlaß gab.

Kleine Nachrichten.
 Die internationalen Bolschewisten-Gruppen erhalten den gleichen Vortritt wie die Zivilliberalen.
 Der Arbeiter Paul Wisse, der während der Kapp- tage als Mitglied der Einwohnerversammlung in Halle zum Tode verurteilt wurde, wurde von dem Schwurgericht in Halle zum Tode verurteilt.
 Ein internationaler Kongress der Wänschleutenfor- cher findet in Görlitz vom 1. bis 3. Oktober statt.

Votales.

Milde, sonnige Tage, die der Spätherbst bringt, sind wie ein Geschenk, das von gütiger Hand gesendet wird. Die Freude, mit der man es entgegennimmt, kühnt sich nicht in lauten Jubel, man betrachtet es sinnend, freut sich herzlich, doch nicht so wie über die ersten Sennentage des Frühlings. Sie waren eben- falls ein Geschenk, doch in der langen Zeit der Ent- behrung war das Verlangen danach so ungestillt gewor- den, daß man sie stürmisch begrüßen mußte. Damals standen wir am Anfang, durchglüht von Erwartung auf das Kommen, jetzt sind wir wieder am Ende eines sommerlichen Naturgeschehens angelangt, erfüllt ist, was der Erfüllung durch Licht und Wärme harter, und schon sehen wir, was lebte und webte, dem Winter Schlaf an- heimfallen. Und war es auch ein Sommer, der zu Klagen Veranlassung bot, sein Scheiden stimmt uns den- noch wehmütig. Wehende Blumen, dürres Laub sind ein Anblick, der uns an die eigene Vergänglichkeit er- innert, an das unentrinnbare Schicksal, das über uns waltet. Strahlt vom blauen Himmel aber die Sonne und hüllt die Welt noch einmal in ihre goldburchdringten Schleier, dann weihen die Gedanken, die uns trübe klümmen. Es ist eine verhaltene, gedämpfte Freude, die wir empfinden, aber sie ist nicht weniger tief und wahr als die lauchende und jubelnde. Spätherbst- tage können Sommerstage an Schönheit übertreffen, nur ist es nicht mehr eine blendende, sondern eine ruhige, abgekühlte Schönheit. Die Sonne kann auf dem fahl und unauffällig leuchtenden Blätterkleide der Bäume noch noch herrliche Farben hervorzuzaubern. Verschwin- det der glutrote Wall am Horizont, steigen Nebel in den Tälern auf. Aber schon erglänzt am Himmel der Mond, und der Nebel wird zu Silberbändern, die, wie in phantastischen Reigen geschwungen, auf- und nieder- schweben.

Hessischer Bankverein.

Aktiengesellschaft. Abteilung Melsungen.

Erledigung aller bankmässigen Geschäfte.

Annahme von Spareinlagen zu günstigen Zinssätzen. An- u. Verkauf in- u. ausländischer Wertpapiere. Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren. Einziehung von Zins- u. Dividendenscheinen u. verlorster Wertpapiere. Verlosungskontrolle, Stahlpanzerschrank. Uebernahme von Vermögensverwaltungen.

Einrichtung von Scheckkonten zur Förderung des bargeldlosen Verkehrs.

Bekanntmachung!

Der hier durch meine frühere Mitinhaberin veranstaltete Näh- und Zuschneide-Kursus ist nicht von meiner Seite veranstaltet und verwarne ich hiermit vor dem Gebrauch des von mir entworfenen Schnittmusters. Ich übernehme keinerlei Verantwortung für etwaige Folgen. Meine Firma befindet sich wie bisher Cassel, Schloßplatz 2 und werden die von mir veranstalteten Kurse nur von geprüften Meisterinnen abgehalten.

Atelier für Damenmoden, Schnittzeichnen, Zuschneiden, Vertrieb von Lehrwerken.

Auguste Pflüger, Cassel,
Schloßplatz 2.

Carbolleneum, Steinkohlenteer, Leinölfirnis, Fußbodendöl, Zentrifugendöl, Maschinendöl, Fischtran, Lederfett, Wagenfett

empfehlen
Richard Mohr.

Bahn-Praxis.

Nach mehrjähriger selbständiger Assistentenzeit habe ich mich in Spangenberg Hotel

niedergelassen.

Schönste Behandlung zugesichert.
Paula Nienhaus.

Turn-Verein

„Froher Mut“

Die Turnstunden finden ab heute wieder regelmäßig Mittwoch und Sonnabend 8 Uhr abends statt. Pünktliches Erscheinen aller Turner ist Ehrenpflicht. Der Turnwart.

Reinwollene Herrenanzugstoffe, Damenkleiderstoffe in reiner Wolle, Halbwole, Baumwolle, Leinen, Museline, Boile, bedruckt und weiß. Preiswerte fertige Herrenanzüge und Mäntel, Damenunterröcke, Herren- und Damenbeinkleider, Damen- und Herrenhemden, reinwollene und baumwollene Herren und Damenstrümpfe, Handtuchstoffe in großer Auswahl, sowie Gardinen empfiehlt äußerst preiswert

Jakob Walter, Obertor 258

Ia. Thomasmehl

garantiert hochprozentige Ware
Richard Mohr.



Von jetzt ab
Sprechstunden
9-1 - 3-6

Dr. Bernstein
Cassel, Kölnische Straße 2
Facharzt
für Haut, Narn- und Geschlechts-Krankheiten
Sicht- u. Röntgenbehandlg.
von Hautkrankheiten.

Suche Vertreter

verdient monat. ca. 1500 Mark.
W. W. Moebius, Böhmert 22

Bettmässen

Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angeben. Post. unsonst.
Sanitas Fürth 1/2, Fößhauser 23

Inserate

bis Dienstag abend und Freitag mittag erbeten.

Ackerpflüge



Eggen

Getreidereinigungsmaschinen
Kartoffelquetscher, Runkelmöhlen

billig

Richard Mohr.

J. Ziegler's

Privat-Handelsschule

CASSEL, Kölnische Straße 8

Fernsprecher 2590

Begründet in Cassel 1898.

Täglich beginnen f. Personen aller Stände (Damen wie Herren) neue Kurse in einfacher, dopp., amerik., landwirtsch. u. Hotel-Buchführung, Wechsel- u. Handelslehre, Schön-, Recht- u. Briefschreiben, Rund- u. Lackschrift, Rechnen, Stenographie u. Maschinenschreiben.

Der gute Ruf der Schule bürgt für einen sicheren Erfolg.
Lehrplan unsonst.

Tapeten und Borden

in großer Auswahl

Richard Mohr.

Buchdruckerei

HUGO MUNZER

Fernruf 27

Rathausstr. 141.

Fernruf 27

Anfertigung von

DRUCKSACHEN

FÜR HANDEL, GEWERBE u. INDUSTRIE

in sauberer und geschmackvoller Ausführung
zu angemessenen Preisen

Verlag d. Spangenberg Zeitung

Bruchleidende

Mein Gürtelbruchband „Extrabequem“ ist das einzige richtigliegende federlose Bruchband, das jeden Bruch schmerzlos und sicher, selbst in schweren Fällen, zurückhält. Bequemster Tragen Tag und Nacht. Keine Belästigung bei der Arbeit. Viele Dankschreiben. Suspensor Leibs-, Nabel- und Vorfalbinden, Geradhalter, Gummistrümpfe. Mein langjähriger Vertreter ist wieder mit Mustern anwesend in Melsungen, Sonnabend 9. Oktober 8-3 Hotel Hessischer Hof Homberg Montag, 11. Oktober 8-3 Hotel Prinz

L. Bogisch Spezial-Verfärberei Stuttgart Schwabstr. 88a

f. Bogisch federl. Bruchbänder Stuttgart Telefon 1332

Gebrauchter Militärmantel

für Nachtwache kauft

Stadt Spangenberg.

Blühende Topfpflanzen

empfehlen

Georg Pasche, Gärtner.

Habe noch eine Sendung prima

Säcke

preiswert abzugeben.

Wilh. Wenderoth.

1 gebrauchter Kachelofen

mit Schiff

1 gebrauchte Häckselmaschine

billig abzugeben

Richard Mohr.

Möbliertes Zimmer

mit oder ohne Pension von jungem Manne gesucht. Angebote unter „S. D. W.“ an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Ia. Schlemmkreide

empfehlen

Richard Mohr.